

Nr. XIX.GP.-NR
769 1J
1935-03-17

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Stadler, Scheibner
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Neutralität

Die Umwälzungen in Europa seit 1989, insbesondere der Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Ostmitteleuropa, der Zusammenbruch der Sowjetunion sowie das Ende des Ost- West- Gegensatzes sind welthistorische Ereignisse, die die sicherheitspolitische Lage der Staaten Europas, und natürlich auch diejenige Österreichs, als auch die Bedrohungssituation in Europa grundlegend verändert haben.

Als Dr. Haider frühzeitig und als erster maßgeblicher österreichischer Politiker diese neue Situation richtig einschätzte, wobei dieser Befund inzwischen in allen wesentlichen politischen Parteien Österreichs Einkehr gefunden hat, und Dr. Haider als Reaktion auf die geänderten geopolitischen Gegebenheiten und Umstände die Frage der Wirksamkeit und weiteren Sinnhaftigkeit der bislang in Österreich praktizierten Sicherheitspolitik aufwarf und sie somit öffentlich zur Diskussion stellte, gab es in unserem Lande quer durch alle Parteien einen reflexartigen Aufschrei gegen diese vordenkerische Sichtweise. Dr. Haider, der es "wagte", frühzeitig über den Stellenwert der österreichischen Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument zu diskutieren, wurde gerade wegen seiner Forderung nach Neuinterpretation der österreichischen Neutralität vom Bundeskanzler "monatelang quasi zum 'Staatsfeind' erklärt".

Mittlerweile wurde die immerwährende Neutralität Österreichs durch die Bundesregierung nicht nur scheibchenweise ausgehöhlt, vielmehr vertreten neben dem Bundespräsidenten der Republik auch hochrangige Vertreter der Österreichischen Volkspartei, wie der Vizekanzler und Parteiobmann, wenngleich auch nach mehrjähriger Sickerzeit, nunmehr die (berechtigte) Auffassung, daß "wir uns auch in der Neutralitätsfrage bewegen müssen" ... und daß "die Diskussion um die Neutralität notwendig sei, damit wir uns nicht einer Illusion hingeben".

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

- 1) Könnten Sie sich vorstellen, daß aufgrund der Äußerungen und Stellungnahmen des Vizekanzlers, wonach "wir uns auch in der Neutralitätsfrage bewegen müssen" und daß "die Diskussion um die Neutralität notwendig sei, damit wir uns nicht einer Illusion hingeben", die

wesentlich mehr als eine Neuinterpretation der österreichischen Neutralität, wie sie seinerzeit Dr. Haider gefordert hat, darstellen, Dr. Busek quasi zum "Staatsfeind" erklärt wird?

Wenn nein, welcher Unterschied besteht besteht zwischen den Äußerungen von Dr. Haider und Dr. Busek, außer daß Dr. Haider wesentlich früher auf die geänderte geopolitische Situation reagiert hat?

2) Entspricht der Standpunkt von Vizekanzler Dr. Busek, daß "die Zukunft der österreichischen Sicherheit in einem neuen Sicherheitsbündnis liege" der Regierungslinie betreffend die österreichische Sicherheitspolitik?

3) Österreich hat mit der Unterzeichnung des Rahmendokuments der Partnerschaft für den Frieden, das einen Vertrag mit einem Militärbündnis darstellt, einen politischen Staatsvertrag abgeschlossen. Wann wird dieser Vertrag dem Parlament zur Beratung zugeleitet werden?

Wenn nicht, aus welchen Gründen nicht?

Werden Sie im Falle einer Nichtzuleitung des Vertrages ans Parlament dem Parlament zumindest darüber berichten, und wenn nein, warum nicht?

4) Im Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden erklären sich die Vertragsparteien bereit u.a. auf folgendes Ziel hinzuarbeiten: "...Entwicklung von Streitkräften, die mit denen der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam kooperieren können". Sind Sie der Auffassung, daß eine derartige Entwicklung mit der immerwährenden Neutralität kompatibel ist?

Wenn ja, aus welchen Gründen?

5) Sind Sie der Auffassung, daß mit dieser vertraglichen Verpflichtung die österreichische Neutralität noch weiter ausgehöhlt wird?

Wenn nein, aus welchen konkreten Gründen nicht?

6) Vertreter der Bundesregierung haben sich mehrfach öffentlich verpflichtet, daß Österreich "aktiv und solidarisch am Aufbau eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems mitarbeiten wird". Welche diesbezüglichen Vorstellungen, die über die sehr allgemeinen im Weißbuch der Bundesregierung zur GASP hinausgehen, bestehen seitens Österreich?

Im Falle, daß es noch keine diesbezüglichen Präzisierungen gibt, bis wann wird sich die österreichische Bundesregierung darüber im Klaren sein?

7) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß das österreichische Parlament bei der Erarbeitung der österreichischen Positionen zur Regierungskonferenz 1996 der EU-Staaten möglichst früh miteinbezogen wird?

Wenn ja, wie und ab wann würden Sie sich eine derartige parlamentarische Mitwirkung vorstellen?